Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. November 1930
Sonnabend Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Litterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8997—8949. Telegramm-Adresse: Nordteil. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d eig. Boten Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
15. 11. m Nr. 535 10 Pfennig

Unsere Meinung

Während es nach der Rede Briands in der Kammer noch möglich scheinen konnte, die Politik der sogenannten „Verständigung" mit Frankreich noch eine Zeitlang hinzuschleppen, wollte offenbar die Rede des Regierungschefs Tardieu den Schlußpunkt unter eine Periode der deutsch-französischen Beziehungen setzen, die immerhin sieben Jahre umfaßt hat. Der Eindruck der Rede Tardieus in den politischen Kreisen Berlins ist äußerst ungünstig. In den offiziösen Kreisen wird besonders die Tatsache sehr ungünstig kommentiert, daß Ministerpräsident Tardieu die Thesen Briands in einer Weise verschärft hat, die, trotz gegenteiliger Behauptungen, einer Desavouierung des bisherigen französischen Außenministers und damit einer Desavouierung der von Briand und Stresemann betriebenen Politik gleichkommt. Selbst ein so weit links stehendes Blatt, wie die „Vossische Zeitung", muß heute feststellen, daß „zwischen der Politik, wie sie der Außenminister umschrieben hat, und der anderen, die der Ministerpräsident ihr entgegengesetzt hat, ein Abgrund klafft, über den es keine Brücke gibt." Ueberrascht hat freilich in Deutschland die Stellungnahme Tardieus wohl kaum noch jemanden. Denn seit langem war erkennbar, daß sich das wirkliche Frankreich nicht mit den schönen Worten Aristide Briands zu identifizieren gedachte: Herr Tardieu handelt in der Tat in vollkommener Uebereinstimmung mit der französischen Volksstimmung, wenn er sich von der Politik der wirklichen Verständigung distanziert und wenn er, der Autor des Versailler Diktats, jeden Anspruch Deutschlands auf Revision, ja jeden Versuch, einen solchen Anspruch auch nur anzumelden, von vornherein zurückweist. (Auf Einzelheiten wird noch zurückzukommen sein; heute mag es genügen, die These Tardieus zur Abrüstungsfrage zurückzuweisen und festzustellen, daß im Gegensatz zu dieser These Deutschland nicht nur ein moralisches, sondern ein effektives und verbrieftes Recht auf die Abrüstung der anderen besitzt.) Die Rede Tardieus ist nicht nur für Deutschland, sondern für Europa ein Wendepunkt und ein Signal: Auf die Frage, ob Frankreich über die friedliche Revision auch nur der drückendsten Bedingungen des Diktats von Versailles zu diskutieren bereit sei, hat im Namen Frankreichs Herr Tardieu mit Nein geantwortet. Die Nebel sind gefallen, und die grausame Wirklichkeit zwischen Deutschland und Frankreich stellt sich so dar, wie nach den Taten und Unterlassungen der französischen Politik immer vermutet werden mußte. Damit hat aber auch die deutsche Außenpolitik wieder freie Hand für ihre Entschlüsse, und die Historiker werden gut tun, die Rede Tardieus sorgfältig aufzubewahren.

*

Die Erklärung des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen fällt auf durch die außerordentlich scharfe Stellungnahme gegen alle Gruppen, die sich durch Nichtbeteiligung am Preisabbau Sondervorteile zu verschaffen Neigung haben könnten. Mit Recht wird die Entwicklung auf diesem Gebiete als zwangsläufig bezeichnet. Die Notwendigkeit, die Depression zu überwinden und das Heer der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß wieder einzugliedern, zwingt dazu, daß ein jeder seine volkswirtschaftliche Leistung billiger anbietet, gleich ob diese in Lohnarbeit, in öffentlichem Dienst, in der Ausführung einer verantwortlichen Position in der Privatwirtschaft, in handwerksmäßiger Betätigung oder im Betrieb der Erzeugnisse besteht. Auch der Unternehmerlohn in der Industrie ist längst — vielfach katastrophal — gesunken, und die Vergütung für die volkswirtschaftliche Arbeit, die der Landwirt leistet, liegt durchweg außerordentlich tief. Es ist also richtig, daß jeder Opfer bringen muß. Große Beachtung verdient auch die Aufstellung über die Preissenkungen, die bereits durch den Mechanismus des Marktes, durch Entschlüsse von Verbänden und durch Vereinbarungen zwischen Regierung und Organisationen zustande gekommen sind. Dieser Hinweis enthebt natürlich keineswegs von der Verpflichtung, die Bemühungen energisch fortzusetzen. Nicht nur bei manchen Lebensmitteln, so bei Milch und Margarine, ist die bisherige Verbilligung unzureichend. Es sind vielmehr auch gerade in Berlin die im letzten Jahr vorgenommenen Tarifsteigerungen auf allen Gebieten, die sowohl die Kaufkraft der Bevölkerung geschmälert haben wie in den Kostenrechnungen der Gewerbetreibenden eine große Rolle spielen. Die öffentliche Hand wird immer mehr zum Aussauger der Konsumenten. Während sich in der Privatwirtschaft niemand auf seine Schulden zu berufen wagt, um damit die Unmöglichkeit eines Abbaus zu beweisen, reicht beispielsweise die Leitung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft nach wie vor eine unsoziale Sabotage der Regierungspolitik, der die Preußische Regierung unmöglich länger zusehen kann. Woher nimmt eigentlich Herr Reuter das Recht, die Straßenbahn- und Autobusfahrer für die Schuldenwirtschaft beim Untergrundbahnbau und bei den überflüssigen, angeblich im Zusammenhang damit stehenden Grundstückskäufen büßen lassen zu wollen? Erfreulicherweise ist der Berliner ein guter Fußgänger, der auch einmal eine halbe Stunde läuft, um der BVG. nicht 25 Pfennig für eine Leistung bezahlen zu müssen, die keine 25 Pfennig wert ist. Auf allen Gebieten sollte der Konsument mehr als bisher mit dem Pfennig rechnen und sich bei seinen Kaufentschließungen nach der relativen Preiswürdigkeit der einzelnen Waren und der einzelnen Geschäfte richten.

*

Das Genüt des deutschen Volkes dürfte gegen die Versuchung, parlamentarische Ereignisse noch allzu tragisch zu nehmen, allmählich einigermaßen gefeit sein. Das wird sich in der nächsten Zeit als doppelt notwendig erweisen, denn wenn von Anfang an der neue Reichstag nicht viel Gutes zu verheißen schien, so wird er sich wahrscheinlich von jetzt ab bemühen, der Regierung Brüning die Weiterarbeit an ihrem Sanierungswerk nach Kräften zu erschweren. Agitationsanträge zu stellen, für deren Durchführung man keine Verantwortung trägt, ist das gute alte Vorrecht der parlamentarischen Opposition, in normalen Zeiten ein ziemlich ungefährliches Spiel, in Ausnahmezeiten wie heute praktisch dadurch entgiftet, daß jede Regierung den Mut haben muß, unausführbare Beschlüsse schweigend zu den Akten zu legen. Seltsam bleibt nur, daß bürgerliche oder „antiparlamentarische" Parteien, die in manchen Dingen nicht ganz so weit links stehen wie die Kommunisten, den parlamentarischen Unfug mitmachen oder ihn dulden, wie das am Freitag im Haushaltsausschuß des Reichstages geschah. Aber wie dem auch sei, die Fronten sind klar: Hier Ordnungswille, entschlossene Spar- und Sanierungspolitik, dort der Ringelreihen der Mandatsinhaber; hier der grausame Ernst unserer Not, dort das beliebte anmutige Pfänderspiel der Parteien. Von den papiernen Millionen billiger Ausschußbeschlüsse wird kein Erwerbsloser satt; die Regierung aber will und muß ihnen billiges Brot und vor allem wieder Arbeit beschaffen und kann sich in dieser staatsmännischen Aufgabe nicht durch Beschlüsse, die an die Arbeiter- und Soldatenräte von 1919 erinnern, behindern lassen.

Der Stand des Preisabbaues

Eine erste Veröffentlichung des Kabinettausschusses — „Niemand darf sich der zwangsläufigen Entwicklung entziehen"

Die von dem Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen in Aussicht gestellte Verlautbarung hat folgenden Wortlaut:

Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamtenbezüge und aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Lasten zu ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsläufigen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Uebergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preisen und Kaufkraft abgekürzt und das Millionenheer der Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit zugeführt wird.

Die Aufgabe der öffentlichen Meinung

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnis Hindernisse bereitet werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungstendenzen zu stützen, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Das Wort hat die Hausfrau

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preisbildung stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere.

Gerechte Preise

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu dulden, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau einzelne unberechtigte Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, besonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter den Stand derer anderer Waren hinabgeglitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse unter anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen. Denn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.

Was wurde schon billiger?

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Uebersicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsgebieten, meist infolge der staatlichen Maßnahmen, gemacht hat.

Wirtschafts-Urstoffe

Gewiß sind an sich die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher unmittelbar von sinnfälligster Bedeutung. Trotzdem ist aber auch für ihn gleich wichtig, wenn die Urstoffe der Wirtschaft verbilligt werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herabsetzung der Kostenpreise um 6 Prozent im Vordergrunde. Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 Prozent, die Preise für Walzwerksprodukte um 3 Prozent ermäßigt worden. Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 Prozent, Ziegel um 10 bis 15 Prozent, Fensterglas um 22 Prozent und Platten um 35 bis 40 Prozent im Preise gesunken. Der Index der gesamten Baukosten ist seit Januar dieses Jahres um 11 Prozent zurückgegangen.

Nahrungsmittel

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft weichen, dann muß davon der ganze Preisaufbau beeinflußt werden, der darauf ruht. Aehnliches gilt von den Kosten der Nahrungsmittel, die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Pf. auf 46 Pf. für das Normalbrot herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichts von 1225 Gramm auf 1250 Gramm. Das bedeutet eine Ermäßigung um 10 Prozent. Ferner soll in Zukunft das Brot einheitlich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das Pfund Schweinefleisch ist um 5 Pf. billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pf. für je 10 Pfund gesenkt gegenüber einen Preise von 40 bis 45 Pf. im Oktober dieses Jahres. Der Literpreis der Milch ist für Berlin um 1 Pf. auf 29 Pf. gesenkt worden: im Oktober 1929 betrug er noch 32 Pf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Einführung der Qualitätsbezahlung für Milch dem Handel Mehr-Aufwendungen entstanden sind, auf deren Einrechnung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preissenkung grundsätzlich zugesagt. Die Einzelheiten werden noch im Benehmen mit der Marktforschungsstelle geregelt.

Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin. Das Preußische Handelsministerium hat bei seinem Zustandekommen mitgewirkt. Es wird dafür sorgen, daß auch die zuständigen Behörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Bedeutsam ist in diesem Rahmen, daß der Deutsche Städtetag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischen sämtliche Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu zweifeln, daß im Zusammenwirken aller Behörden die Bewegung eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preissenkung gerichtet ist.

Markenartikel

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien erwähnt die Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Malzkaffee, Honig, Makkaroni um 5 bis 12,7 Prozent. Auch einige andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmaße von 5 bis 20 Prozent.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die Preisermäßigung bei einer Anzahl von Waren 3½ bis 10 Prozent, bei Messing und Kupferfabriken 25 bis 40 Prozent, bei Aluminium 10 Prozent und den Erzeugnissen daraus 8 Prozent. Gummireifen weisen eine Preisermäßigung von 10 Prozent, Linoleum im Durchschnitt von 5,3 Prozent, einzelne Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20 Prozent, Papier von 8 bis 10 Prozent auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabschlag von 8 Prozent, orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10 Prozent erfahren.

Schluß mit Inflationssitte des Abrundens!

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abschläge vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationssitte noch nicht entwöhnen kann, auf 5 oder 10 Pfennigbeträge abzurunden, der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preissenkungen zu verkleinern. Tatsächlich aber ist die Zeit dazu zu ernst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Darum muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, denn auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlassung der Wirtschaft durch Preisermäßigungen heran gehen.

„Do X" bei Les Sables d'Olonne gelandet

Paris, 14. 11.

Der Dornier-Vertreter in Bordeaux hat nach Paris telegraphisch mitgeteilt, daß um 6.05 Uhr mitteleuropäischer Zeit das Flugschiff „Do X" wegen stark einbrechender Dunkelheit bei Les Sables d'Olonne in der Vendée glatt gelandet ist und morgen früh den Weiterflug nach Bordeaux fortsetzen wird. Man habe es vorgezogen, in Bordeaux nicht bei Dunkelheit anzukommen.

Der ursprünglich ins Auge gefaßte Wasserungsplatz, der See von Hourtin, erwies sich leider zu spät als ungeeignet, da die Wassertiefe dort nur 1,50 Meter beträgt. Infolgedessen wurden sämtliche Funkstationen an der französischen Küste aufgefordert, dem „Do X" mitzuteilen, daß an Stelle dieses Sees ein anderes Gewässer in der Nähe von Bordeaux für die Wasserung vorbereitet sei. Es scheint nun, daß diese Mitteilungen den Führer des Flugschiffes veranlaßt haben, seine Pläne zu ändern.

(Siehe Seite 5)

Die Bankkrachs vor der Kammer

fs. Paris, 14. 11. (Eigenbericht)

Die heute nachmittag erfolgte Aussprache der Kammer über die Interpellationen betreffend die letzten Bankkrachs und Gerüchte über Vorschubleistungen des Justizministers Peret in der Unterstützung über gewisse Baissebewegungen endeten mit einem Vertrauensvotum für die Regierung mit 318 gegen 271 Stimmen.

Vizepräsident Dr. Porsch schwer erkrankt

Der langjährige erste Vizepräsident des Preußischen Landtages, Abgeordneter Dr. Porsch, der Jahrzehnte hindurch zugleich der erste Vorsitzende der preußischen Zentrumspartei war, ist am Freitagnachmittag schwer erkrankt. Dr. Porsch wurde auf seinen Wunsch in eine Breslauer Klinik übergeführt.

London, 14. 11.

Der deutsche Botschafter und Freifrau v. Neurath wurden von der Königin von England im Buckingham-Palast in Audienz empfangen.

Premieren von gestern

Georg Kaiser: „Mississippi"

Volksbühne

Diese Tragödie einer frommen Glaubensgemeinschaft und ihres Führers, der im Kampf mit den Vernunft- und Geldmächten des Staates heroisch untergeht, bringt ein Drama auf die Berliner Bühne, das bei allen Schwächen hoch über dem sonstigen heutigen Spielplan steht. Unter der Regie von Hans Hinrich sah man eine gute und konzentrierte Aufführung, die erst im dritten Akt — vermutlich aus parteipolitischen Rücksichten — einen bedenklichen Fehler beging. Hans Peppler, Gerda Müller, Leon Hartstedel und der Regisseur wurden von den Zuschauern unter außerordentlichem Beifall gerufen. Damit auch der Spaß nicht zu kurz kam, meldeten sich dabei bereinzelte Anhänger der „Sondergruppe" und protestierten wacker durch Pfeifen gegen den lieben Gott.

W.

*

Octave Mirbeau: „Geschäft ist Geschäft"

Theater des Westens

Der Schieber Lechat, der mit breiter Vitalität alles, Familie, Konkurrenten, Nachbarn beiseiteschiebt und an die Wand drückt, war vor Jahren einer der größten Erfolge von Herrn Jannings. Jetzt hat das Theater des Westens die alte französische Komödie wieder ausgegraben; Jannings spielt wieder dick und robust den reichen Proleten und holt sich von neuem lauten Beifall und viele Hervorrufe. Neben ihm als noch dicherer, aber unterliegender Schieber Herr Morgan, sehr fein Frau Wagner als zerdrückte Gattin Lechats.

F.